



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/v/235

9. Oktober 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Reallohn- oder Nominallohn-Erhöhung	S.1
Margate - Bericht über die Labour-Tagung	S.5
"Zonensender Ost" . - Eine Skizze sowjetdeutscher Propagandisten	S.4
Endphase in Nordkorea	S.6

### Reallohn- oder Nominallohn-Erhöhung

R.D. Will man über diese Begriffe diskutieren, so gehört an den Anfang der Auseinandersetzung die Feststellung: der Nominallohn ist historisch eine Erfindung der Käufer von Arbeitskraft mit dem Zweck, über die Optik der Zahl den Reallohn zu manipulieren. Die Lohngestaltung in der freien Wirtschaft drückt sich als "Preis" der Arbeitskraft im Nominallohn in ihrem "Wert" jedoch im Reallohn aus - im Warenkorb. Der Arbeiter kämpfte nie um die Zahl auf der Lohntüte, sondern um den Inhalt seines Warenkorbes.

Für die Beurteilung der Kaufkraft des Lohnes, den Inhalt des Warenkorbes, ist ein Hinweis auf die Verhältnisse vor der Währungsreform irreführend. Ein Vergleichsmaßstab wäre das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen oder - anders ausgedrückt - zwischen Kaufkraft und Arbeitsleistung in der Vorkriegszeit. Die Tatsache, dass nach dem Tage X mehr Schnürsenkel und Kochtöpfe auf dem Markt sind als vorher, sagt nur aus, dass uns vor diesem Tag noch mehr von unserem Arbeitsergebnis vorenthalten wurde als hernach, und dass sich die Gewinnspekulanten aus der verschämten Schwarzmarktatmosphäre der Bewirtschaftungszeit in die Sphäre der unverschämten Preisspekulation des "freien Marktes" begeben haben.

Wert und Preis einer Ware sind nicht miteinander identisch. Während man sich heute z.B. bemüht, den Wert der Arbeitskraft mit Hilfe des statistischen Warenkorbes der Indexberechnung zu fixieren und zugleich die Kosten der Warenproduktion im Lohnsektor zu senken, schlägt man auch

auf die vermehrt erzeugten Waren die gleichen Verdienstspannen in Erzeugung und Handel auf und kommt so zu höheren Gewinnen. Trotz Kosten- und damit Wertminderung bleibt man entweder beim gleichen Preis oder vermindert ihn um weniger als seine Kostenminderung oder setzt ihn bei günstiger Marktlage sogar noch hinauf.

Die Arbeitnehmer haben nach 1945 bis zum Tage X trotz oder wegen des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft aus ihrer Arbeitsleistung keine Lohnerhöhung erhalten. Unternehmer und Gewerkschaften intervenierten damals bei den Besatzungsmächten gemeinsam und vergeblich um eine Lohnangleichung an das Preisniveau in Höhe von 30 Prozent. Seit der Währungsreform ist der Nominallohn zwar um ca. 20 Prozent gestiegen, die Preise stiegen aber um erheblich mehr und so ist die Differenz seit 1948 nicht geringer, sondern grösser geworden, unbeschadet der Tatsache, dass inzwischen die Preise schwankten. Sie sind zur Zeit weiter im Anstieg begriffen.

Die Gewerkschaften haben seit 1945 einer Politik der stabilen Nominallöhne in der Hoffnung sehr nahe gestanden, dass mit der steigenden Produktion der Reallohn steigen würde. Die Unternehmer haben diese Haltung nicht nur als Schwäche gewertet, sondern rücksichtslos ausgenutzt. Heute bleibt den Gewerkschaften kein anderer Weg als der Versuch, den Nominallohn den Preisen anzupassen, wollen sie gegenüber ihren Mitgliedern nicht das Gesicht verlieren. Stillhalten können sie nicht mehr. Erklären aber die Unternehmer heute, Lohnerhöhungen setzten die Preisspirale in Bewegung, so geben sie nur zu erkennen, dass sie weiterhin den Betrag der überhöhten Gewinne fortsetzen und steigern wollen, indem sie ihre Gewinnquote über gleichbleibende Produktions- und Handelspreisen auf die neuen zu erhöhenden Nominallöhne berechnen.

Der Hinweis auf die Folgen solcher Politik ist nicht an die Gewerkschaften zu richten, sondern allein an die Unternehmer aller Schattierungen und an die Bundesregierung, die die Preistreiber mit heuchlerischen Erhörungen ermuntern. Die Geduld der Arbeitnehmer ist am Ende, und soweit nicht politische Maßnahmen die Situation bereinigen können, wird ihnen nur noch übrig bleiben, mit den Mitteln des Streiks ihr Recht zu erkämpfen.

- - - -

M a r g a t e

H.H. London, im Oktober

Alle Voraussagen von Freund und Feind haben sich als falsch erwiesen, dass auf dem Labour-Parteitag in Margate die Spannungen, die aus den wirtschaftlichen Problemen der Aufrüstung und der Folgen der Pfundabwertung entstanden, zu heftigen Konflikten führen würden. Das Gegenteil ist eingetreten.

Selbstverständlich bekam man Kritik zu hören, aber schon die demonstrative Assoziation Bevans als des Exponenten von "links" mit dem Exponenten von "rechts", Herbert Morrison, in der Begründung des Vorstandsberichts bewies, dass von "Fraktionsbildung" und Feindschaft der Mitgliedermassen gegen ihre Führung keine Rede sein kann.

Der "gemässigte" Regierungsflügel stellte klar heraus, dass er mit demjenigen Teil der Bewegung, der für "entschiedenen" und "unverfälschten" Sozialismus eintritt, in der Zielsetzung völlig einer Meinung ist. Nur über die Frage der propagandistischen Formulierung ist man sich nicht immer einig; die Mehrheit der Exekutive und der Regierung ist nicht der Ansicht, dass man sich vor einer Wahl, deren Datum noch nicht feststeht, auf bestimmte Gesetzgebungsakte festlegen soll.

Auf dem Gebiet der Aussenpolitik war es Bevin, der "kam, sah und siegte". Die alte Tradition der Partei neigt noch immer zum radikalen Pazifismus und zum Argwohn gegen Amerika als die Verkörperung von "Wall Street". Bevin, der viele seiner Freunde durch sein müdes und altes Aussehen erschreckte, begann zunächst mit fast zittriger Stimme, bis ihn die alte Leidenschaft seines praktischen Realismus packte, so dass er nicht nur seine Brille vom Rednerpult weglegte (die ihm von Attlee aufgehoben wurde), sondern auch alle Illusionen über die Moskauer Aussenpolitik "über den 38. Breitengrad jagte", wie seine Bewunderer es formulierten.

Unerledigt blieb nur die oft von unklarem Sachverhalt getragene wirkliche "Selbstkritik" nüchternen Gewerkschaftler an der bisherigen Praxis der verstaatlichten Unternehmen. Mängel und Fehler sind in der durchaus neuartigen Form der öffentlichen Wirtschaftsverwaltung zweifellos vorhanden, denn schon zum vorjährigen Parteitag hatten durchaus überzeugte Anhänger der Nationalisierung, die Fabian Society und der Verband der Eisenbahner, eine Liste von begründeten Beschwerden aufge-

stellt, die bis heute nicht behoben sind. Aber das Suchen nach einer Reform, deren Wortführer im vorigen Jahre Herbert Morrison war, ist noch nicht ans Ziel gekommen, und so wurde die Debatte durch Zurückstellung der kritischen Anträge bis auf weiteres vertagt.

Die Europa-Politik der Exekutive fand volle Billigung; nur wünschten viele Delegierte einen positiven Gegenplan der Regierung zum Schumanplan. Dalton als Vertreter der Parteileitung versprach, so einen Plan auszuarbeiten.

Allen Delegierten war das Bewusstsein gemeinsam, dass die Partei vor einem neuen Machtkampf steht, in dem sie erreichen muss, daß eine sozialistische Regierungspolitik eine arbeitsfähige Mehrheit erhält. In der Zeit der Vorbereitung eines solchen Kampfes ist für inneren Zwist kein Raum.

- - - - -  
"Zonensender Ost"

sp. Es ist schon einige Monate her, dass die letzten russischen Kontrolloffiziere das Rundfunkhaus in der Berliner Masurenallee verliessen. Scheinbar ist seit damals der sogenannte Zonensender Ost von der sowjetischen Kontrolle frei - jedoch nur scheinbar.

Moskau wird heute in der Masurenallee durch eine Schar linientreu ausgerichteter SED-Redakteure vertreten, die von der Frühgymnastik bis zur letzten Note des Abendprogramms ihre Elaborate, Erzeugnisse des zu erfüllenden Propagandasolls, über den Sender verbreiten. Der Schwerpunkt liegt bei der Redaktion Sendereihe "Aus der Sowjetunion". Sie versorgt buchstäblich alle anderen Abteilungen des Hauses mit Material "aus der Sowjetunion".

Anfangs leitete diese Abteilung Markus Wolf - alias Michael Storm. Wolf ist heute Botschaftsrat der "DDR" in Moskau, was ihn nicht hindert, seine sowjetische Staatsangehörigkeit beizubehalten. Sein kommissarischer Nachfolger war Hans Hagen, ein typischer Vertreter der opportunistischen "Hausintelligenzler", die im Sender ihr Unwesen treiben. Als ehemaligen Beruf gibt Hagen das Schlosserhandwerk an. Denn als Vertrauensmann der Sowjets wird man nicht gern an die Bourgeoise Kinderstube erinnert, besonders wenn sie im Hause des Berliner Bankiers Louis Hagen stand. Hans Hagen hat ohnehin an seiner verwandtschaftlichen Belastung zu tragen: ein Bruder ist bei der Berliner

Zeitschrift "SIE" als Redakteur und damit als "westlicher Kriegshetzer" tätig, ein anderer Bruder dient in der britischen Armee und eine Schwester ist mit einem Engländer verheiratet. Da darf es nicht wundernehmen, dass Hans Hagen zu Sonderbeweisen über seine Linientreue verpflichtet ist. Darum auch wird Hagens Name stets im Zusammenhang mit dem Verschwinden des ehemaligen sowjetischen Kommandanten des Hauses, Motinow, genannt.

Nichtsdestoweniger, Hagen musste eines Tages gehen. Sein Nachfolger, Gladewitz-Dresden, ist erprobter Kader-Kommunist und als Mitglied der Internationalen Brigade Duzfreund von Walter Ulbricht. Die erste Handlung Gladewitz' war, eine verstärkte politische Schulung und die "erhöhte Wachsamkeit" aller gegen alle zu fordern. Seine rechte Hand ist der Leiter der SED-Betriebsgruppe, Schauer. Wie alle Mitglieder der "Hausintelligenz", ist auch Schauer nicht älter als 28 Jahre. Er stammt aus einer Offiziersfamilie. Sein Vater war als Grundbesitzer in der Sowjetzone enteignet worden, was den Sohn nicht ehält, in das Horn des Regimes zu blasen. Während des Krieges war der ehemalige nationalsozialistische Offizier H.E.Schauer von Schreckenstein zu den Sowjets übergegangen und in Moskau geschult worden. Nach der Rückkehr "skalpierte" er seinen Arbeitstitel. Es wäre auch schlecht gegangen, mit dem "von" im Namen über die Betätigung als sowjetischer Partisan zu erzählen.

Im Sendehaus in der Masurenallee herrscht eine bedrückte Atmosphäre. Zwar glaubt man sich in den Westsektoren sicherer als anderswo in Berlin, aber man zittert ständig vor der nächsten Säuberung. Jeder weiss, dass schon morgen an seinem Schreibtisch ein anderer sitzen kann. Dazu kommt eine Reihe von "Vorsichts"-Maßnahmen, die allerdings in Westberlin stadtbekannt sind und von denen niemand weiss, ob sie nicht ein Verschwinden von unliebsamen Personen erleichtern sollen. Dazu gehört u.a., dass die Wagen mit den leitenden Funktionären nicht vom Hauptportal in der Masurenallee abfahren, sondern vom Innenhof durch die Bretschneiderstrasse. Häufig werden die Wagen der einzelnen Personen oder sogar der ganze Wagenpark ausgewechselt. Und gerade diese Maßnahmen steigern die Nervosität von Tag zu Tag.

Endphase in Nordkorea

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

McArthur hat den koreanischen Rubikon überschritten, aber im Gegensatz zu Caesar hat er sich zuvor den Marschbefehl vom Senat, in diesem Fall von der UNO, ausdrücklich geben lassen, damit er nördlich des 38. Breitengrades den Korea-Konflikt zu Ende führen kann. Damit ist zugleich gesagt, dass das Problem Nordkorea bis in seine letzte Phase stärker von politischen als von militärischen Gesichtspunkten beeinflusst sein wird.

Das militärische Kräfteverhältnis spricht diesmal eindeutig für die UNO-Truppen. Zwar fehlen exakte Angaben über die Stärke der Nordkoreaner. Englische Meldungen sprechen von kaum 20.000 Mann, die zur Verteidigung bereitstehen, doch dürfte diese Zahl nur die Garnisonen erfassen, die die nordkoreanische Führung selbst in den Tagen in Nordkorea belassen hat, da ein kommunistischer Sieg in Südkorea an einer Haar hing. Man muss dazu noch die Truppen rechnen, denen es gelang, aus dem Kessel zu entweichen, der nach der Landung bei Inchon in Südkorea gebildet wurde. Er hatte, wie kürzlich darauf hingewiesen, eine beachtliche Lücke an der Ostküste und die Tatsache, dass McArthur von 150.000 eingeschlossenen Koreanern bisher nur 50.000 als gefangen melden konnte, lässt den Schluss zu, dass sich beträchtliche Kontingente über den 38. Breitengrad hinweg gerettet haben. Sicher konnte sie das nur unter Zurücklassung schweren Materials, aber es müsste für die Russen eine Kleinigkeit sein, kurzfristig die schwere Ausrüstung für einige Divisionen zu liefern. Wieviele Nordkoreaner sich der Gefangenschaft entziehen und der Verteidigung in Nordkorea zur Verfügung stellen konnten, ist schwer abzuschätzen. Rechnet man hinzu, dass die nordkoreanische Führung in ihrem Gebiet rücksichtslos rekrutiert, so kommt man zu Schätzungen, die keineswegs einen militärischen Spazierring der UNO-Truppen erwarten lassen.

Zwischen dem Hafen Wonsan an der Ostküste und Pyongyang im Westteil Koreas, einer Linie, die mit etwa 300 km Länge die "Wespentaille" Nordkoreas darstellt, ist die erste Verteidigungslinie aufgebaut. Das erklärt, warum die Südkoreaner bisher auf ihrem Vormarsch entlang der Ostküste auf wenig Widerstand gestossen sind. Immerhin stehen sie nun knapp vor dem ihnen zugewiesenen Ziel, vor Wonsan. Auf der westlichen Hälfte haben sich die UNO-Truppen in Marsch gesetzt. Der Widerstand, den sie dabei finden, ist nur hindertender Natur, es ist nicht anzunehmen, dass der Aufmarsch dadurch aus dem Konzept gebracht wird. Immerhin aber

dürfte es mit Rücksicht auf die wenigen vorhandenen Strassen einige Tage dauern, ehe der Aufmarsch beendet ist.

Man wird in den nächsten Tagen sehen, ob McArthur die Linie Wonsan-Pyongyang frontal angreifen oder ob er, ein Liebhaber amphibischer Operationen und gestützt auf eine mächtige Flotte, wieder zur Umfassung zur See greifen wird. Mit einer solchen Operation wäre es möglich, dem Rest der nordkoreanischen Armee einen Fluchtweg in die Mandschurei abzuriegeln. Was es bedeuten würde, wenn grösseren Kontingenten die Flucht in die Mandschurei gelänge, haben die jahrelangen Kämpfe an Griechenlands Nordgrenze gezeigt. Aber grössere Operationen zur See würden McArthurs Soldaten in eine gefährliche Nähe des chinesischen und sowjetrussischen Machtbereichs bringen. Zwar hat McArthur von der UNO eine Art Freibrief bekommen - "mit allen militärischen Mitteln" - aber es leuchtet ein, dass Landungsmanöver in der Nähe von China grössere Konfliktmöglichkeiten in sich bergen als ein Vorrücken zu Lande, auch wenn das langsamer und verlustreicher wäre. Die Kriegführung in Korkorea ist daher nicht allein eine Frage der Strategie, sie ist zu jeder Stunde von der Politik abhängig.

Der imponierende Sieg in Südkorea, ein geschicktes diplomatisches Werben um China und die merkwürdig zahme Haltung Moskaus haben den Anschein erweckt, als sei heute eine weitere Ausdehnung des Krieges nicht mehr zu erwarten. Bleibt es dabei, dann hat der zum Wochenbeginn eingeleitete Vormarsch der UNO-Truppen nurmehr den Charakter einer Strafexpedition, wobei es freilich noch harte Kämpfe geben wird. Dabei darf aber nicht aus dem Auge gelassen werden, dass so wenig Nordkoreanern wie möglich der Übertritt in die Mandschurei gelingt, weil dann die Grenze zu einem ständigen Unruheherd werden kann, an dem sich jederzeit grössere Konflikte entzünden können, wenn Moskau den Zeitpunkt für gekommen erachtet.

---